

KPD – Kommunistische Partei in Garmisch-Partenkirchen - vor und nach 1945

KPD bis 1933

Bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten spielte die kommunistische Partei im Bezirksamt (heute Landkreis) Garmisch kaum eine Rolle. 1928 schwadronierte zwar ein Münchner KPD-Redner in Garmisch in einer schlecht besuchten Versammlung von der „Vernichtung der jetzigen Staatseinrichtung“, erklärte aber zugleich sein Erstaunen darüber, „dass hier die kommunistische Partei so schlecht vertreten sei.“

1930 zählte die KPD-Ortsgruppe 80 Mitglieder, der Buchhändler Karl Gey stand an ihrer Spitze. 1931 war ihre Zahl auf 100 gestiegen. Der Bau der Zugspitzbahn von 1928 bis 1930 mag die Erklärung dafür sein - zeitweise waren bis zu 2500 Arbeiter in den Ort gezogen. Viele von ihnen politisch wach und gut organisiert.

Noch 1932 wunderte sich der Münchner KPD-Redner Stattenberger bei einer KPD-Versammlung im Garmischer Bräuwaistl:¹ „Gerade in hiesiger Gegend müssten die Arbeiter sehen, wie in den großen Hotels und anderen Vergnügungsstätten die Kapitalisten schlemmen, während die Familien der Arbeiter in ungenügenden Wohnungen, ja in einzelnen Zimmern mit mehreren Köpfen zusammenleben müssen u. kaum das Notwendigste zum Leben haben.“ Er setzte sich ein für die Bewaffnung der Arbeiter, „dann werde es schnell anders werden.“ Seine Ausführungen wurden „von den Anwesenden begeistert aufgenommen, mit Ausnahme einiger anwesender Sozialdemokraten.“

Im Juli 1932 lud mit dem Schlosser Piethold erstmals ein lokaler Vertreter der KPD zu einer Wahlversammlung in den Partenkirchner „Rassen“ ein. „In leidenschaftlicher Art“ sprach der Münchner Genosse Schäfer „über den Kapitalismus und die Bourgeoisie, diese seien schuld daran, dass der Arbeiter keine Arbeit u. kein Brot habe, dass der Arbeiter mit Weib u. Kindern hungern müsse, dass Not u. Elend nicht ausgehe u. immer grösser werde.“ An der Versammlung nahmen etwa 230 Personen teil, darunter 20 von der NSDAP, vom Stahlhelm, von der BVP und auch der SPD.

Gendarmerie Kommissar Wald, der die Versammlung überwachte,² erkannte, „die Leute der KPD, welche dem Redner viel Beifall zollten, sind ersichtlich nur Leute aus den Erwerbslosenkreisen und fast ausschließlich nur sogenannte Ortsfremde, Arbeiter, die von dem Zugspitzbahnbau in den Orten zurückgeblieben sind u. nirgends unterkommen können.“

Im Februar 1933, bei einer Versammlung der KPD mit ca. 30 Erwerbslosen in Partenkirchen, „drehte sich das Gespräch um die Arbeitsverweigerung beim Hartsteinwerk Eschenlohe, das von Piethold als kapitalistische Trehtmühle (sic!) bezeichnet wurde.“ Der Lohn sei dort so niedrig bemessen, „dass ein Mensch unmöglich leben könne.“³ Neben der „Trehtmühle“ in Eschenlohe gab es auch in Oberau mit der Papier- und Pappefabrik einen weiteren Betrieb mit vielen Arbeitern.

Eine von der KPD am 2. März 1933 geplante Versammlung wurde „abgeblasen aus Furcht vor der gegenwärtigen politischen Lage.“ Führende KPD-Funktionäre in Partenkirchen waren Piethold, Riedel, Bernhard, in Garmisch Max Unger und Karl Christoph.

Am 3. März 1933⁴ wechselte der Vorsitz in der Garmisch-Partenkirchner KPD: Nachfolger von Max Unger wurde Max Gmeinwieser. Weitere Mitglieder zu diesem Zeitpunkt waren die Arbeiter im Elektrizitätswerk Andreas Maier, Anderl Buch, Bertl Wittmann, Michael Sievert und Josef Reiser. „Betreff: Kommunistisches Drucksachenmaterial“: Bei der am gleichen Tag vorgenommenen Durchsichtung eines Heustadls von Dominikus Malik im Garmischer Ficht wurden diese Gegenstände von der

¹ BAG Nr. 171 GHSG / LRA 115/1662 vom 24.4.1932

² BAG Nr. 6105 / LRA 142/1827 vom 2.11.1932

³ BAG Nr. 1272 / LRA 114/1658 vom 25.2.1933

⁴ LRA 149/1900 vom 3.3.1933

Gendarmerie konfisziert:⁵ „1 Mitgliedsbuch der KPD für Dominikus Malik, 2 Mitgliedsbücher der KPD für Maria Malik, 1 Mitgliedsbuch für Hotelangestellte Theresia Götz, 1 Kontrollbuch für Marken, 1 Buch „Die Internationale“, 1 Buch „Das will die rote Hilfe“, 2 Kassenbücher, 8 Stück Formulare für Rechnungen, 121 Stück Beitragsmarken, 5 Bilder Lenin, 15 Stück Zeitungen „Die Kämpferin“, 4 rote Steifen mit Aufschriften, 74 Flugblätter mit Aufschrift „Mordterror Nationalsozialisten“, 1 Rucksack.“ Waffen wurden nicht gefunden.

Wachtmeister Aigner von der Gendarmerie-Hauptstation Garmisch meldete am 4. März 1933 die Personen, die als Kommunisten bezeichnet wurden und bei denen Untersuchungen stattgefunden hatten.⁶ Es waren die Hilfsarbeiter Andreas Maier, Andreas Buch, Michael Sievert und Josef Reiser im Elektrizitätswerk, die Hilfsarbeiter Michael Maier, Benno Heitmeier und Max Gmeinwieser in der Villa Kreuzeck, Zugspitzstraße, sowie die Hilfsarbeiter Andreas Fendt, Dominikus Malik und Andreas Schärfl, alle Danielstr. 21.

Eine Woche später begann für Karl Christoph und andere ihr Weg nach Dachau: „Mit dem 10. März 1933 begann die Epoche der Hitlerschen Konzentrationslager... Am 11. März 1933 morgens 5.30 wurde ich verhaftet. Von einer Eskorte von 2 Mann Polizei u. 2 Mann SA wurde ich vorläufig ins Gefängnis eingeliefert... Am 10. April morgens hörten wir plötzlich einen Lastwagen vor dem Gefängnis halten. Stimmen wurden laut, Schlüssel kirrten und Namen wurden aufgerufen. Wir wussten, unser Schicksalsweg beginnt, der Weg nach Dachau.“

Alois Schwarzmüller

Die KPD nach dem Zweiten Weltkrieg in Garmisch-Partenkirchen

12/1945 **Dezember 1945 – Erste Kundgebung der KPD in Garmisch-Partenkirchen**⁷

„Max Gmeinwieser eröffnete letzten Sonntag im vollbesetzten Rassensaal die erste Kundgebung der kommunistischen Partei in Garmisch-Partenkirchen. Er begrüßte die Anwesenden, unter ihnen Vertreter des Landkreises. Der Spuk des Dritten Reiches ist mit Hilfe der Alliierten hinweggefegt. Wenn Hitler sagte: Ich habe 1933 einen Trümmerhaufen übernommen, so müssen wir jetzt sagen: Hitler hat uns einen Trümmerhaufen zurückgelassen...“

Nach Gmeinwieser trat Josef Stadler von der Bezirksleitung der KPD München ans Rednerpult zum Thema „Wir und die Entnazifizierung“. Er sagte: „Von allen Verheißungen Hitlers hat sich nur die eine bewahrheitet: Gebt mir zehn Jahre Zeit und ihr werdet Deutschland nicht wiedererkennen! Wenn es heute die Funktion der Alliierten ist, die Hauptverbrecher abzuurteilen, so ist es unsere Aufgabe, diejenigen vor ein deutsches Tribunal zu stellen, die deutsche Antifaschisten in Konzentrationslager brachten. Nach dem ersten Weltkrieg ging

⁵ LRA 149/1900 vom 3.3.1933

⁶

https://www.gapgeschichte.de/ns_zeit_1933_staatsfeinde_texte/christoph_karl_bericht_in%20der%20hoelle%20von%20dachau.htm

⁷ HB 12.12.1945

wohl der Kaiser. Die Generäle aber blieben und mit ihnen das Junkertum und die Großindustriellen. Diese Kreise brachten es fertig, den Faschismus im kriegsmüden Deutschland hochzuzüchten. Die Stellung der KPD zur Denazifizierung ist deshalb eindeutig. Eindeutig nicht aus Rachegeleuten, sondern um zu verhindern, dass der Faschismus je wieder sein Haupt erheben kann. Wir werden nicht mit seinen Methoden arbeiten, sondern die Schuldigen nach dem Maße ihrer Schuld bestrafen.“ Die Versammlung endete mit dem Absingen der Internationale.

12/1945 **Mitgliederversammlung im Gasthof Alpenrose⁸**

„Die Kommunistische Partei, Bezirksamt Garmisch-Partenkirchen, hält am Samstag, dem 29. Dezember um 19 Uhr im Gasthof „Alpenrose“ eine Mitglieder-Versammlung ab. Sämtliche Mitglieder werden um ihr Erscheinen gebeten. Es werden dabei die Mitgliedsbücher überreicht.“

01/1946 **Kommentar: Christliche Einheit, soziale Einigkeit⁹**

„... Es gibt nur ein Entweder-Oder. Entweder die bündige Verwirklichung des christlichen Sittengesetzes in einer christlich-sozial geformten Staats- und Gesellschaftsordnung, in der Familie und in der Gemeinde oder den Sozialismus in Reinkultur: die „klassenlose“ Gesellschaft der Arbeiterklasse, die Diktatur eines Staatssozialismus und Staatskapitalismus, der die Begriffe von Eigentum, Mittelstand, privatwirtschaftliche Betätigung ... so wenig kennt wie den Sinn wahrer Freiheit und wahren Menschseins... Die gemäßigte Richtung des Sozialismus, die SPD also, wird darauf hinweisen, dass sie zwar die Türe zur KPD nicht zugeschlagen habe, aber Klassenkampfpapieren, radikale Eigentumsfeindlichkeit in ihrem Programm ebenso fehlen wie staatskapitalistische Tendenzen; ihr Ziel sei vielmehr eine Art genossenschaftlicher Sozialismus. Darum nenne sie sich mit Fug und Recht eine Partei des Volkes, nicht etwa eine Partei einer „Klasse“.“ - Dr. Fleckenstein

01/1946 **Gemeinderatswahl vom 27.01.1946**

| | | |
|---------------------|--------------|-----------------------|
| Stimmberechtigte: | 9521 | |
| Abgegebene Stimmen: | 8671 | |
| Ungültige Stimmen: | 155 | |
| SPD | 2882 Stimmen | 7 Gemeinderatsmandate |

⁸ HB 29.12.1945

⁹ HB 25.01.1946

| | | |
|-----|--------------|------------------------|
| CSU | 4651 Stimmen | 11 Gemeinderatsmandate |
| KPD | 252 Stimmen | 0 Gemeinderatsmandate |
| LDP | 442 Stimmen | 1 Gemeinderatsmandat |

Hohe Wahlbeteiligung, Schlappe für die KPD

04/1946 Kommunistische Partei¹⁰

Die **KPD-Landkreisleitung Garmisch-Partenkirchen** ruft zur Wahlkundgebung am Ostermontag, 22.04.1946 im „Rassensaal“. Es spricht Dr. Alfred Kroth, der Leiter des antifaschistischen Wirtschaftsausschusses. Thema: „Der Aufbau unserer Heimat durch die antifaschistische Einheit.“ Diskussion erwünscht. Beginn 14.30 Uhr.

04/1946 **Der sozialistischen Einheit entgegen!**¹¹

„In der proklamatischen Erklärung der Kommunistischen Partei Deutschlands vom Juli 1945 stehen folgende Sätze: „Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, dass die entscheidenden Interessen des Deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg verschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“

Belastet mit der großen Schwäche des Deutschen Volkes, der Unfähigkeit zu realistischem Denken, haben manche Deutsche Erklärung mit Misstrauen gelesen. „Der im Schafspelz“ so dachte mancher. Die deutsche Arbeiterschaft ist seit nunmehr bald 30 Jahren in zwei große politische Parteien aufgespalten. Beide Parteien erklärten, dass sie das gleiche wollten: Den Sozialismus! Die eine Richtung war der Auffassung, dass es die historische Aufgabe der Arbeiterklasse sei, alle Kräfte zu sammeln, zu organisieren und vorzubereiten für den Tag der Entscheidung, für den bewaffneten Kampf der Arbeiter um die Eroberung der politischen Macht, zur Zertrümmerung des reaktionären bürgerlichen Staatsapparates und damit zur Schaffung der Grundlagen und Voraussetzungen des sozialistischen Aufbaus. Es war dies die Auffassung der Kommunisten.

¹⁰ HB 17.04.1946

¹¹ HB 20.04.1946

Die andere Richtung in der deutschen Arbeiterbewegung war der Meinung, dass man statt Kampf friedliche Methoden anwenden müsse, dass man ohne Erschütterung des Staatsgefüges, ohne revolutionäre Mittel ohne Zertrümmerung des Staatsapparates „auf friedliche Weise in den Sozialismus hineinwachsen könne.“ Dies war die Auffassung der Sozialdemokraten.

Seltsame Lage: In Deutschland besteht zwar noch der Kapitalismus, aber dieser Kapitalismus ist durch den Ausgang des Krieges seiner politischen Machtmittel beraubt: Seiner Staatsbürokratie, seiner Armee, seiner Polizei! In großen Teilen Deutschlands ist die alte reaktionäre Staatsmaschinerie vollständig beseitigt in anderen Teilen mehr oder minder angeschlagen...

Die zweite Besonderheit ist die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Deutschland. Wir haben zwar noch den Kapitalismus, aber dieser ist weitgehendst geschwächt durch die Zerschlagung der Konzerne und Trusts sowie durch den Einfluss, den die Gewerkschaften und Betriebsräte in Produktion und Wirtschaft ausüben.

Wobei hier leider gesagt werden muss, dass die Entwicklung der Demokratie in Bayern etwas hinten geblieben ist. Im Reichsmaßstab gesehen aber eröffnen diese beiden Besonderheiten eine große Möglichkeit für die schaffenden Massen: Die Möglichkeit, den Weg zum Sozialismus zu gehen durch die entschlossene Durchführung der demokratischen Erneuerung Deutschlands.

Die bisherige Geschichte hat gezeigt, dass das reaktionäre Kapital immer dann, wenn ihm durch das Heranwachsen demokratischer und sozialistischer Kräfte Gefahr droht, die demokratischen gesetzmäßigen Zustand auflöst und zur offenen Diktatur übergeht. Die Möglichkeit den neuen demokratischen Weg zum Sozialismus zu gehen, ist abhängig davon, ob es dem deutschen Volke gelingt, die Durchführung der demokratischen Erneuerung zu verstehen und es damit dem Großkapital unmöglich zu machen, sich mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der Befreiung des schaffenden Volkes in den Weg zu stellen. Die Einigung der Arbeiterklasse ist das Hauptmittel, welches diesen Kräften die Möglichkeit nimmt, sich neue Machtpositionen zu schaffen, die demokratische Erneuerung aufzuhalten zu sabotieren und später dem Sozialismus wieder mit offener Gewalt entgegenzutreten.

Diese Einigung herbeizuführen ist die Aufgabe der SED, der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in der beide Arbeiter-Parteien, die kommunistische und die Sozialdemokratische, gemeinsam aufgehen sollen. - Die Kommunistische Partei Deutschlands ruft in Bayern, ebenso wie in allen Ländern Deutschlands zur Bildung dieser Einheitspartei auf...

Landkreis Garmisch-Partenkirchen - Sekretariat gex.“

„Ausgehend von der Tatsache, dass die Mehrheit der Parteien in der amerikanischen Zone die Ausarbeitung von Verfassungen für richtig hält, werden die Kommunisten an den Arbeiten der verfassunggebenden Versammlungen in den drei Ländern der amerikanischen Zone aktiv teilnehmen. Folgende Punkte müssen nach Meinung der Kommunisten unbedingter Bestandteil der neuen Verfassungen werden, sollen diese die Einheit Deutschlands, den demokratischen Aufbau und die Verhinderung einer reaktionären Restauration garantieren.

1. Die Verfassung muss klar zum Ausdruck bringen, dass das betreffende Land sich als ein Glied Deutschlands betrachtet, so dass im Moment der Schaffung einer deutschen Verfassung alle jene Artikel der Landesverfassung ihre Gültigkeit verlieren, die im Widerspruch zu dieser deutschen Verfassung stehen könnten.
2. Die Regelung der Beziehungen zu anderen Völkern und Staaten muss ausschließlich Angelegenheit der künftigen Reichsregierung sein.
3. In allen Ländern Deutschlands kann es nur eine Staatsangehörigkeit geben: die deutsche.
4. Die Kommunisten nehmen entschieden Stellung gegen die Schaffung einer 2. Kammer. Sie bedeutet eine Beschränkung des uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechts des Volkes durch seine unmittelbar gewählten Vertreter, die Möglichkeit zur Verschleppung und Verhinderung der im Interesse des Volkes gefassten Beschlüsse. Sie widerspricht dem Grundsatz einer einfachen, sparsamen und rasch arbeitenden Gesetzgebung und Verwaltung.
5. Die Kommunisten lehnen die Einsetzung von Staatspräsidenten in den einzelnen Ländern ab. Sie sehen darin eine Gefahr für die einheitliche Verwaltung Deutschlands. Sie sind der Meinung, dass die Gewalt ausschließlich bei den vom Volke gewählten Vertretern und der durch diese Vertreter gewählten Regierung liegen muss.
6. Nach der Meinung der Kommunisten sollen in Zukunft Beamte in ihren Rechten und Pflichten allen Gehalts- und Lohnempfängern gleichgestellt werden. Die schwere Lage unserer Heimat verbietet Sonderrechte für Diener der Öffentlichkeit. Der Zugang zu öffentlichen Ämtern muss ein Recht aller sein! die die Befähigung dazu haben.
7. Die Kommunisten treten dafür ein, dass die Richter nicht auf Lebenszeit ernannt, sondern vom Volke für eine bestimmte befristete Periode gewählt werden.
8. Schule und Universität müssen ohne Ausnahme allen, die die notwendige Begabung besitzen, offenstehen. Deshalb muss vollständige Schulgeldfreiheit herrschen.

¹² HB 26.04.1946

9. Nach Meinung der Kommunisten müssen alle Staatsbürger volle Glaubens- und Gewissensfreiheit genießen. Der Staat ist allen Religionsgemeinschaften und allen Bekenntnissen gegenüber neutral. Dies wird durch Trennung von Kirche und Staat garantiert. Alle staatlich anerkannten kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind rechtlich gleichgestellte Körperschaften des Rechts und verwalten ihre Angelegenheiten selbst und unabhängig im Rahmen der allgemeinen Staatsgesetze. Der Staat gibt den Kirchen die Möglichkeit zur Ausübung des Religionsunterrichtes für alle jene Kinder, deren Eltern es wünschen.

10. Die Rechte auf soziale Sicherheit müssen in der Verfassung für jeden Bürger garantiert sein. Insbesondere muss die Verfassung den Lohn- und Gehaltsempfängern das Recht einräumen, durch Vermittlung ihrer Delegierten an der Festlegung der Arbeitsbedingungen sowie an der Geschäftsführung der Betriebe teilzunehmen.

11. Die Verfassung muss das Privateigentum garantieren, jedem sollen die Früchte seiner Arbeit, seines Fleißes und seiner Sparsamkeit gesichert sein, doch darf das Privateigentum auf keinen Fall zum Schaden anderer Menschen oder gar der Gesamtheit missbraucht werden. Alle Monopole sowie Vermögen und Unternehmungen, die dem allgemeinen Wohl des Volkes schaden, müssen in Gemeineigentum überführt, werden.

12. Auf keinen Fall darf die Verfassung einen Notverordnungsartikel im Sinne des Art. 48 der Weimarer Verfassung enthalten, der die Möglichkeit gibt, die ganze Verfassung willkürlich außer Kraft zu setzen. Staatsnotstand kann nur vom Landtag allein mit Zweidrittelmehrheit und für eine befristete Zeit festgestellt werden.

13. Grundgedanke der Verfassung muss sein, dass die Staatsgewalt unveräußerlich beim Volke liegt und dass sie ausschließlich den Interessen des Volkes zu dienen hat. Im Falle, dass selbst die Regierung die in der Verfassung garantierten Rechte verletzt, hat jeder Staatsbürger das Recht und die Pflicht, mit allen Mitteln den in der Verfassung garantierten Zustand wieder herzustellen.

Die Kommunisten der amerikanischen Zone appellieren an das ganze Volk und machen es auf die Gefahren aufmerksam, die die Verfassung darstellen kann, wenn sie zum Instrument reaktionärer Elemente wird. In enger Verbindung mit unserem Kampfe um die Lösung der brennenden Gegenwartsaufgaben, der Sicherung von Brot, Wohnung, Arbeit für das schaffende Volk, führen die Kommunisten den Kampf für eine wahrhaft demokratische Verfassung. Sie soll der Grundstein für ein neues und glückliches Leben aller in einem geeinten Deutschland sein. In diesem Sinne wenden sich die Kommunisten an alle Sozialdemokraten und fortschrittlich denkenden Menschen, um mit ihnen gemeinsam den Kampf für eine fortschrittliche Mehrheit in den verfassunggebenden Versammlungen zu führen.

Kommunistische Partei, Sekretariat, Garmisch-Partenkirchen“

04/1946 **KPD - Alle Staatsgewalt dem Volke!**¹³ - „Max Unger, der 1900 im Vogtland geboren wurde, stammt aus dem Arbeiterkreis. Er erlernte das Schneiderhandwerk und trat kurz nach, der Beendigung des ersten Weltkrieges in den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ein. 1921 wurde er Mitglied der Kommunistischen Partei. Es dauerte nicht lange, da wurde man auf ihn aufmerksam. Er wurde Leiter der „Roten Hilfe“ und Schriftführer der KP-Landespropaganda für den Bezirk Hessen. Schon 1924 erhielt er die höchste Auszeichnung der Internationalen Roten Hilfe. 1930 gründete Unger die Kommunist. Partei Garmisch-Partenkirchen, zu der auch später der jetzige Flüchtlingskomm. Gmeinwieser stieß. In den Jahren 1931 und 1932 wurde Unger Obmann der Erwerbslosen für die drei Gemeinden Garmisch-Partenkirchen, Farchant, Mittenwald und Grainau. Mit dem Kommen des Dritten Reiches wurde er als Parteifunktionär am 10. März 1933 verhaftet und in das KZ Dachau „abtransportiert“. Nach seiner Entlassung aus Dachau im Jahre 1933 lag er anschließend fünf Monate im hiesigen Krankenhaus und wurde nach seiner Genesung trotz seiner politischen „Vergangenheit“ von seinem früheren Arbeitgeber, dem hiesigen Schneidermeister Andreas Simon, wieder in seine Arbeitsstelle eingesetzt. Da er aber dort auf Veranlassung der Arbeitsfront für die Herstellung von SA.- und SS.-Uniformen arbeiten sollte, zog Unger es vor, seinen Lebens-unterhalt durch Fensterreinigen zu bestreiten. Im März 1941 wurde er zur Wehrmacht eingezogen. Nach dem Sturz des Hitlerregimes trat Unger sofort wie-der auf die politische Bühne und wurde Mitbegründer der Kommunistischen Partei von Garmisch-Partenkirchen. In einer Aussprache mit Unger entwickelte er uns im Nachfolgenden das Programm der KP. Wir Kommunisten befürchten, dass gewisse reaktionäre, also volks- und fortschrittfeindliche Kräfte Bayerns die Gelegenheit der Ausarbeitung einer Verfassung für Bayern dazu benützen werden, die zukünftige Einheit Deutschlands aus kurz-sichtigen Erwägungen heraus zu verhindern und die kommende Verfassung zu einer der reaktionärsten Verfassungen zu gestalten. Wir Kommunisten werden diesen Bestrebungen mit allen Mitteln entgegentreten. Nach unserer Meinung müssen, damit die zukünftige Einheit Deutschlands gesichert, der demokratische Aufbau durchgeführt und die Wiederherstellung der reaktionären, nationalistischen und militaristischen Kräftefelder verhindert wird, in die Verfassung Bayerns unter anderem folgende Forderungen eingebaut werden: Die Verfassung muss klar zum Ausdruck bringen, dass Bayern ein Glied Deutschlands ist, dass es in allen Ländern Deutschlands nur eine Staatsangehörigkeit geben kann — die deutsche, dass alle Staatsbürger volle Glaubens- und Gewissensfreiheit genießen, dass die Trennung von Kirche und Staat garantiert wird, weiters dass die Garantie des Privateigentums gegeben ist, soweit es nicht zum Schaden der Gesamtheit missbraucht wird. Ferner fordern wir, dass alle Staatsgewalt unveräußerlich beim Volke liegt. Außerdem verlangen wir die Garantie des

¹³ HB 26.04.1946

Rechts auf soziale Sicherheit für alle Bürger des Staates. Wir Kommunisten wenden uns an alle Sozialdemokraten und an alle fortschrittlich denkenden Deutschen, um mit ihnen gemeinsam den Kampf für eine fortschrittliche Mehrheit in der Verfassungsgebenden Landesversammlung zu führen.“ C.A.

04/1946 **Programm „Sozialismus heute und morgen“¹⁴**

„Das 20. Jahrhundert wird in die Geschichte eingehen als das Jahrhundert der imperialistischen Kriege und des Sozialismus. Das Jahrhundert, in welchem sich die Gesellschaft die eigenen zeitgemäßen und lebenswerten Lebensformen schafft. Der „Standpunkt Bayern“, dieser kleine, schwarze, reaktionäre Fleck auf der sich langsam rötlich färbenden Landkarte Europas, verengt den Blick auf Kirchturmshorizonte. Man steht Deutschland nicht nur aus diesem engen Blick-feld heraus - Flickwerk, Separatismus, Egoismus: Dies ist die Parole! Alle fürchten sich vor dem, was langsam herauskommt; vor dem Notwendigen, Unausweichlichen, vor den Voraussetzungen unseres... Das reaktionäre Bürgertum, verlassen vom zwar nicht geliebten, aber als Schutzherr gegen den Sozialismus durchaus anerkannten „Führer“, sieht besorgt in die Zukunft und sucht nach Wegen, auf denen es das Alte, Abgestorbene wieder „restaurieren“ könnte. Den „nationalen“ Sozialismus haben wir nun glücklich (oder besser unglücklich) hinter uns. So wird uns heute ein „christlicher“ Sozialismus mit groß-zügigen Almosen angeboten, man holt die sozialen Prinzipien des Christentums wieder hervor, diese Prinzipien, die die antike Sklaverei geduldet, die mittelalterliche Leibeigenschaft verherrlicht und die moderne Lohnsklaverei verteidigt haben, nach Prinzipien, welche in nunmehr 1900 Jahren nicht werktätig werden konnten, welche Krisen und Kriege als Strafen Gottes erklärten und sie nicht verhinderten. Glaube oder Unglaube, das ist Privatsache; aber der Wirksamkeit dieser sozialen Prinzipien misstrauen wir aufs tiefste. Wir wollen uns lieber stützen auf die Kraft der Schaffenden in Stadt und Land, stützen auf ihre Politiken und gewerkschaftlichen Organisationen, für das arbeitende Volk, für die fortgeschrittenen Teile unserer Intelligenz, für alle die Wahrheit suchenden Menschen etwas Besseres, als diese verwaschenen, nicht einmal sozialen, niemals aber sozialistischen Bestrebungen: Es gibt noch immer und mehr denn je den wissenschaftlichen Sozialismus von Karl Marx und Friedrich Engels mit seinem Endziel: Klassenlose Demokratie, Selbstverwaltung, Internationale Verständigung und Zusammenarbeit, Gemeinschaftseigentum an Produktionsmitteln, planvolle Produktion und Verteilung nach den Lebensinteressen des Volkes. Jetzt wird uns die Not, etwas spät zwar und mit furchtbaren Verlusten, zu klarem Denken und konsequentem, fortschrittlichem, sozialistischem Handeln zwingen. Zwar hebt die Reaktion schon wieder frech ihr Haupt, die volksschädlichen Kräfte sind am Werk, uns in die ihn von 1918 und spä-

¹⁴ HB 27.04.1946

ter hineindrängen-de Lethargie und die politische Instinktlosigkeit breiter Schichten unseres Volkes scheinen diesen Absichten Vorschub zu leisten. Aber noch gibt es auch in Bayern die Klasse der Arbeiter, der Schaffenden in Stadt und Land, es gibt klardenkende Menschen aller Schichten und Stände, die genau fühlen, worauf es ankommt: Entweder vorwärts und aufwärts... Lenkung und Kontrolle der Produktion bei vollem Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften zu beschleunigen. Die katastrophale Lage auf dem Wohnungsmarkt veranlasst uns, ein Wohnungsbauprogramm vorzulegen, in dem ebenfalls der Grundsatz der zentralen Lenkung und Planung und Kontrolle durch die Werktätigen ausschlaggebend sein muss. Die Sicherung der Ernährung durch Bodenreform mit Ertragssteigerung, die Säuberung und Denazifizierung der zivilen Verwaltungsorgane, die Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse für den Neuaufbau: Das sind unsere Aufgaben für die nächsten Wochen und Monate.“ -
Wählt Liste 3 - Kommunistische Partei

04/1946 **Kreistagswahl am 28.04.1946**¹⁵

| | | |
|-----|--------------|----------|
| SPD | 4462 Stimmen | 12 Sitze |
| CSU | 9967 Stimmen | 27 Sitze |
| KPD | 496 Stimmen | 1 Sitz |
| LDP | 926 Stimmen | 2 Sitze |

06/1946 **Ergebnis der Landtagswahl Juni 1946:**¹⁶

Garmisch-Partenkirchen: CSU 3784 / SPD 2472 / KPD 319 / FDP 486 / WAV 358

06/1946 Erste Ansprechpartner der Parteien:¹⁷ **Max Gmeinwieser, 1. Sekretär der KPD,**
Garmisch-Partenkirchen, v. Steubenstraße 2

06/1946 **Aufbauplan „Bayern“**¹⁸ im Rahmen der deutschen Wirtschaft „Lange genug hat man sich in Deutschland gegenseitig die tiefe Wahrheit zugeflüstert, dass wir unseren Staat, unsere Wirtschaft, unsere Finanzen, unsere Städte neu aufbauen müssten. Alle Parteien haben seit ihrer Wiedergeburt in Wort und Schrift tausendmal behauptet, dass sie die Absicht hätten, dies zu tun. leider haben sich die meisten dieser Parteien nicht dazu aufrufen können,

¹⁵ HB 30.04.1946

¹⁶ HB 02.06.1946

¹⁷ HB 04.06.1946

¹⁸ HB 06.06.1946

dem Volke auch konkrete Vorschläge darüber zu unterbreiten, in welcher Weise sie diese ihre Absicht verwirklichen wollten. Die Kommunistische Partei, geschult, nackten Wahrheiten ins Auge zu sehen, auch dann, wenn sie unangenehm sind, gewöhnt, an konkrete Tatsachen mit konkretem Wollen heranzugehen, und nicht geneigt, aus Angst vor notwendigen Neuerungen die Augen zu verschließen, alle Zügel schleifen und den Karren noch tiefer in den Morast einsinken zu lassen, als er es ohnehin schon ist, macht nun, wozu sie als aktivistische Partei ja auch verpflichtet ist, den Anfang: Die Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Landesbezirk Bayern, hat ihre Wirtschaftskommission beauftragt, die generellen Richtlinien zu einem „Aufbauplan Bayern im Rahmen der gesamtdeutschen Wirtschaft“ auszuarbeiten. Dieser Wirtschaftsplan liegt nun vor und wird soeben der Öffentlichkeit übergeben. Es besteht zwar kein Zweifel darüber, dass dieser Plan bei allen rückschrittlichen, kriegstreiberischen, faschistischen und imperialistischen... Wir zitieren kurz aus dem Inhalt: A. Plan zur Demokratisierung der Wirtschaft. Die Einschaltung der Gewerkschaften und der Betriebsräte 1. in die Betriebe, 2. in die Industrie- und Handelskammern, 3. in die Handwerkskammern, 4. in den staatlichen Wirtschaftsapparat. B. Plan zur Entmachtung des Finanz- und Monopol-Kapitals. 1. Zerschlagung der Konzerne und Übereignung der entflochtenen Betriebe an die Allgemeinheit, 2. Übereignung der Großbetriebe der Hauptschuldigen an die Allgemeinheit, 3. Übereignung der Schlüsselindustrien an die Allgemeinheit, 4. Liquidierung der Monopole gemäß den Potsdamer Beschlüssen. C. Aufstellung eines umfassenden Finanzplans. 1. Die Lösung des Währungs- und Schulden-Problems a) die gründliche Lösung, b) die gerechte Lösung, c) die soziale Lösung (wir lehnen jede Inflation, auch eine sogenannte kontrollierbare Inflation, wie sie von interessierten „wissenschaftlichen“ Kreisen propagiert wird, auf das entschiedenste ab) d) die Lösung ohne Spekulation; 2. Aufstellung eines gerechten, aber ergiebigen Steuer- und Abgabeplan.“

06/1946 **KPD „Wahlkundgebung**¹⁹. Am Sonntag, 23.6. spricht um 14.30 Uhr im Lammsaal (Ausweichkino) Garmisch-Partenkirchen Adelheid Müller, München, zum Thema „Die Frau und die Verfassung“. Frauen, kommt alle! Kommunistische Partei, Landkreisleitung Garmisch-Partenkirchen.

Wahlkundgebung. Am Sonntag, 23.6. spricht um 14.30 Uhr im Lammsaal (Ausweichkino) Garmisch-Partenkirchen Josef Wimmer, München, zum Thema „Zwergstaat Bayern?“ (über die kommende Verfassung). Kommt alle! Kommunistische Partei, Landkreisleitung Garmisch-Partenkirchen.“

¹⁹ HB 18.06.1946

07/1946 **Ergebnisse: Kreis Garmisch-Partenkirchen**²⁰

| | CSU | SPD | KPD | FDP | WAV |
|------------------------|------|------|-----|-----|-----|
| Garmisch-Partenkirchen | 3784 | 2472 | 319 | 486 | 358 |
| Gesamtergebnis | 9139 | 4545 | 599 | 799 | 643 |

10/1946 **Die erste Probe**²¹ (Kommentar von Dr. Werner)

„... Was die Wahlergebnisse in Garmisch-Partenkirchen selbst angeht, so ist folgendes hierzu zu sagen: Das Ergebnis hat gezeigt, dass die Christlich-Soziale Union vor allen anderen Stimmen einen großen Vorsprung hat. Der Wahlausgang für die KPD ist mehr wie eindeutig. Mehr wie eindeutig aber auch das Stimmergebnis für den Werdenfelser Bauernverband. Es ist ohne weiteres anzunehmen, dass der Wahlerfolg der Christlich-Sozialen Union vielleicht noch etwas imponierender gewesen wäre, wenn die alte deutsche Uneinigkeit hier nicht ein neues Schauspiel aufgeführt hätte... Die Stimmen der Liberaldemokraten sind wohl die Zusammenfassung der Kreise, die in Garmisch-Partenkirchen seit längerer Zeit ansässig, die alten liberalen Ideen aus früheren Lebensjahren noch vertreten. Die KPD, das ist klar, hat im Werdenfelser Land keine Zukunft. Die Stimmen der SPD imponieren. Aber es kann trotzdem der Zweifel nicht unterdrückt werden, ob das Wahlergebnis für die SPD nicht etwas weniger gut gewesen wäre, wenn nicht die Person des bisherigen Bürgermeisters Schütte für manchen Wähler ein Aktivposten gewesen wäre. Es ist nicht unbedingt richtig, dass die SPD in Garmisch-Partenkirchen allein für die gesunde Wirtschaft der Gemeinde verantwortlich ist. Das aber steht fest, dass Bürgermeister Schütte, wenn ihn als Mitglied der SPD das Wahlergebnis von seinem bisherigen Platz abrückt, ein wesentliches Verdienst als geschickter persönlicher Führer der Gemeinde in schweren Zeiten zuzubilligen ist. Und trotzdem wäre manche Stimme den Sozialdemokraten kaum gegeben worden, wenn nicht in einem routinierten Werbefeldzug Männer von politischem Ruf in vielen Registern sich für die Sozialdemokratische Partei in Garmisch-Partenkirchen eingesetzt hätten...

Der Wahlausgang gibt Anlass zum Vertrauen auf eine glückliche Zusammenarbeit der großen Parteien CSU und SPD...“

12/1946 **Ergebnisse des Volkentscheids und der Landtagswahl**²²

²⁰ HB 02.07.1946

²¹ HB 29.10.1946

²² HB 05.12.1946

| | CSU | SPD | KPD | WAV | FDP | Ja | Nein |
|-------------|------|------|-----|-----|------|------|------|
| Garmisch-P. | 3552 | 2409 | 466 | 526 | 1348 | 4862 | 3276 |

04/1948 **Kommunalwahlen 25.04.1948**²³

KPD-Versammlung mit Reinhard Lotto, Spitzenkandidat der KPD in Garmisch-Partenkirchen – Er „bemängelte in der Gemeindeführung die Vertreter des altmodischen Besitzbürgertums und forderte an ihre Stelle die Vertreter der fortschrittlichen Arbeiterschaft“

04/1948 **Ergebnis der Kommunalwahl Garmisch-Partenkirchen für den Kreis:**²⁴

| | |
|------------------|-------------------|
| Stimmberechtigte | 16285 |
| Wähler: | 12255 |
| CSU: | 1405 (1946: 4538) |
| SPD: | 1393 (1946: 2443) |
| KPD: | 248 (1946: 257) |
| FDP: | 434 (1946: 533) |
| BP: | 2121 |

Ergebnis der Kommunalwahl Garmisch-Partenkirchen für die Gemeinde:

| | |
|--------------------------|-------------|
| CSU: | 1088 (4651) |
| SPD: | 1239 (2882) |
| KPD: | 239 (252) |
| FDP: | 360 (442) |
| BP: | 1568 |
| Wirtschaftsbund: | 674 |
| Union der Ausgewiesenen: | 340 |

03/1949 **KPD – Sekretariat v. Steubenstr. 2 / Rum**

Öffentliche Versammlung im Bayernstüberl am 30.03.1949 mit dem Thema „Wir antworten Landrat Dr. Kessler und Bürgermeister Schütte zum Thema Die Krise der neuen Industrie“.²⁵

²³ HB 23.04.1948

²⁴ HB 27.04.1948

²⁵ 25.03.1949

08/1949 **KPD**²⁶

Versammlung mit Egon Hermann auf dem Gelände der Artilleriekaserne – aus Zweckmäßigkeitsgründen kein Verbot durch LRA und Reg.v.Obb. - Ca. 3-400 Teilnehmer

„Es handelte sich hauptsächlich um die Inwohner der Artilleriekaserne sowie um der KP angehörige Kreise aus Garmisch-Partenkirchen und Umgebung. Auffallend viele Kriegsbeschädigte waren erschienen. ... Der Redner hat sich ... in seiner bekannten leidenschaftlichen Art über die Lage der Flüchtlinge und über die Politik in Bayern und in der Bizone geäußert...“ - Gez. Kessler, Landrat

03/1952 **Kreistagswahl: KPD-Wahlvorschlag:**²⁷

1. Rum Arthur, Ingenieur, Garmisch-Partenkirchen
2. Erdinger Centa, Hausfrau, Garmisch-Partenkirchen
3. Koglmeier Nikolaus, Sägemeister, Ettal
4. Meier Karl, kaufm. Angestellter, Garmisch-Partenkirchen
5. Wehler Gerhard, Labor-Angestellter, Mittenwald
6. Tafertshofer Josef, Krafffahrer, Bad Kohlgrub
7. Ritz Hilde, Kunstmalerin, Grainau
8. Bütje Hans, Konditor, Garmisch-Partenkirchen
9. Lauche Ilse, Hausfrau, Bad Kohlgrub
10. Weindl Josef, Geigenbauer, Garmisch-Partenkirchen
11. Hermann Hugo, Bauhilfsarbeiter, Oberammergau
12. Berger Josef, Maler, Unterammergau
13. Graf Kurt, Laborant, Garmisch-Partenkirchen
14. Ilmberger Alois, Schachtmeister, Garmisch-Partenkirchen
15. Bogumil Anna, Hausfrau, Garmisch-Partenkirchen

1954 **Landtagswahl 1954**

Stimmkreisergebnisse:

CSU 9520 (6137)

SPD 7010 (5851)

KPD 307 (253)

²⁶ 06.08.1949

²⁷ 30.03.1952

Politisches Scheitern der KPD 1954 in Garmisch-Partenkirchen.

Rechtliches Scheitern der KPD durch das Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts im August 1956.